



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

11. hét

2018.03.12.

ZUSAMMENFASSUNG

- **UNGARISCHE INDUSTRIE SCHNEIDET HERAUSRAGEND AB.** Nach Angaben des Zentralamtes für Statistik lag das Volumen der Industrieproduktion im Januar um 6,9 Prozent über dem Vorjahreswert; nach den um Arbeitstage bereinigten Daten legte die Produktion noch um 6,7 Prozent zu. Die Dynamik bei der diesjährigen Industrieproduktion wird durch jene neuen Kapazitäten unterstützt, die im Jahresverlauf in der Automobilindustrie hochgefahren werden.
- **MITTELEUROPA IST EINE DER WELTREGIONEN, DIE SICH BESONDERS DYNAMISCH ENTWICKELN.** Das Nézópont-Institut hat die Ergebnisse der Regierungsarbeit des Jahres 2017 in zehn mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien) verglichen. Dabei wurde der Erfolg auf der Grundlage von insgesamt 54 Indikatoren innerhalb der Dimensionen politische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität gemessen.
- **DIE UNO GREIFT UNGARN AN.** Der Hohe Kommissar der UNO für Menschenrechte, Seid al-Husseini, beschuldigte nach seiner skandalösen Rede von Ende Februar am vergangenen Dienstag den Ministerpräsidenten Ungarns erneut des Fremdenhasses und Rassismus. Zwischen der UNO und den gegen die Einwanderung auftretenden Ländern tut sich ein zunehmend tieferer Widerspruch auf, seit die Weltorganisation den Entwurf eines globalen Migrationsabkommens veröffentlichte, dessen Durchsetzung entscheidend durch den Hohen Kommissar für Menschenrechte forciert wird, der mit George Soros in Verbindung gebracht werden kann.
- **DIE SYMPATHIEWERTE DES FIDESZ HABEN SICH AUCH NACH HÓDMEZŐVÁSÁRHELY NICHT VERÄNDERT.** 32 Tage vor den Parlamentswahlen haben sich die Sympathiewerte für Fidesz-KDNP nicht verändert, denn unter den sicheren Wählern würden auch weiterhin 52% für die Regierungsparteien stimmen, geht aus einer aktuellen Umfrage des Nézópont-Instituts hervor. Ausgehend von der telefonischen Befragung von 1.000 Personen im Anschluss an die Nachwahl von Hódmezővásárhely rechnen im Übrigen zwei Drittel (66%) der erwachsenen Gesamtbevölkerung damit, dass Viktor Orbán Ministerpräsident bleibt.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Ungarische Industrie schneidet herausragend ab

Nach Angaben des Zentralamtes für Statistik lag das Volumen der Industrieproduktion im Januar um 6,9 Prozent über dem Vorjahreswert; nach den um Arbeitstage bereinigten Daten legte die Produktion noch um 6,7 Prozent zu. Die Dynamik bei der diesjährigen Industrieproduktion wird durch jene neuen Kapazitäten unterstützt, die im Jahresverlauf in der Automobilindustrie hochgefahren werden.

In diesem Jahr werden zahlreiche Antriebsmotoren der Wirtschaft, darunter Fahrzeugbau, Metallindustrie, Maschinenbau, Elektronik, Gummiindustrie und Nahrungsmittelindustrie, zu einem dynamischen Wachstum der Industrieproduktion beitragen. Die erwähnten Branchen könnten ausgehend von den über den Erwartungen liegenden Januardaten 2018 um bis zu 5 Prozent wachsen. Auf der Grundlage der wachsenden Industrieproduktion kann gesagt werden, dass die Investitionsbereitschaft in Verbindung mit den EU-Fördermitteln und dank der herausragenden staatlichen Investitionen zugenommen hat.

Eine stabile Basis für das dynamische Industriewachstum bieten die Geschäftsklima- und Einkaufsmanagerindizes der letzten Monate in Ungarn, Deutschland und Europa, die Jahrzehnte- und historische Rekorde stürmen. Eine weitere günstige Entwicklung ergibt sich daraus, dass die Dynamik der Industrieproduktion von einer breiten Basis getragen wird, ergo zahlreiche starke Branchen zum Wachstum beitragen. Zu weiteren optimistischen Aussichten gibt Anlass, dass sich Ungarn im Wettbewerb um zahlreiche Investitionen in neue Werke befindet, die in den kommenden Jahren nach und nach in den Zahlen erscheinen werden. Ein kleinerer Teil dieser künftigen Kapazitäten wird noch in diesem Jahr aktiviert, wobei deren Mehrheit 2019 zu einer stärkeren Industrieproduktion beitragen wird.

AUSSENPOLITIK, AUSSENWIRTSCHAFT

Mitteleuropa ist eine der Weltregionen, die sich besonders dynamisch entwickeln

Das Nézőpont-Institut hat die Ergebnisse der Regierungsarbeit des Jahres 2017 in zehn mitteleuropäischen Ländern (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn,

Slowenien, Kroatien, Rumänien und Bulgarien) verglichen. Dabei wurde der Erfolg auf der Grundlage von insgesamt 54 Indikatoren innerhalb der Dimensionen politische Stabilität, wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität gemessen.

Die Basis der Untersuchung stellten in den zehn besagten Ländern vorgenommene Meinungsumfragen, durch Eurostat mitgeteilte Daten sowie Prognosen der Europäischen Kommission und Bewertungen regionaler Länderexperten dar. In Hinblick auf die politische Stabilität behauptete sich im Kreis der untersuchten Länder Ungarn: Unser Land gilt demnach als das stabilste Land in der Region Mitteleuropa. In Hinsicht auf die wirtschaftliche Leistung war die Staatsführung Deutschlands, in Sachen Lebensqualität jene Tschechiens im Jahre 2017 am erfolgreichsten.

Innerhalb der Dimension der politischen Stabilität lautete eine der wichtigsten Fragen, wie zufrieden die Menschen mit der Regierung ihres Landes sind. In der Region sind auf diesem Gebiet die Ungarn am meisten zufrieden, aber auch in Österreich zeigt sich ein höherer Anteil an Befragten, die mit ihrer Regierung zufrieden sind. Am wenigsten zufrieden mit der Regierungsarbeit erwiesen sich die Rumänen, Kroaten und Slowenen. Die Stabilität des politischen Systems beurteilten die Österreicher und die Ungarn als am ehesten positiv. Die Akzeptanz der Regierungsparteien erwies sich im Kreis der Österreicher, der Deutschen und der Ungarn am höchsten – in diesen drei Ländern gibt es überhaupt keine Stimmung für einen Regierungswechsel.

Hinsichtlich der optimistischen Beurteilung des abgelaufenen Jahres beziehungsweise der positiven Aussichten auf die folgenden fünf Jahre landete Ungarn ebenfalls im Spitzenfeld. Es ist wichtig hervorzuheben, dass mit dem Staatsbetrieb allgemein gesprochen ebenfalls die Österreicher und die Deutschen am ehesten zufrieden sind. Ungarn kann nicht nur darauf stolz sein, ausgehend von den Daten für 2017 im politischen Sinne das stabilste Land der Region geworden zu sein, sondern auch auf seine wirtschaftlichen und seine gesellschaftspolitischen Ergebnisse. In der Dimension Wirtschaftswachstum landete Ungarn hinter Deutschland gleichauf mit Österreich auf dem zweiten Platz. Das Volumen der Industrieproduktion legte im Vergleich zum Stand 2010 sowie zum Durchschnitt der vorangegangenen neun Jahre in Ungarn am markantesten zu, aber auch hinsichtlich der Umsatzsteigerungen im Dienstleistungssektor konnte unser Land das Niveau von 2010 am deutlichsten hinter sich lassen. Was die staatlichen Investitionen anbelangt, lagen diese gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Ungarn und Bulgarien am höchsten.

In der Dimension der Lebensqualität zeigte sich die Regierungsarbeit unseres Partners in der Visegrád-Gruppe (V4), Tschechien, ausgehend von den Daten für 2017 am erfolgreichsten. Auf diesen günstigen tschechischen Wert folgen in der Rangliste die ebenfalls ausgesprochen günstigen Daten Deutschlands und Ungarns. Was den Indikator Arbeitsmarkt anbelangt, stehen Kroatien, die Slowakei und Slowenien am schlechtesten in der Region da, obgleich doch der Arbeitsmarkt der Slowakei und Kroatiens eine verbesserte Tendenz aufweist. In der Statistik der durch die Privathaushalte gemeldeten Straftaten befanden sich – auf der Grundlage von Angaben aus dem Jahre 2016 – Deutschland, Rumänien und Österreich in der schlechtesten Lage, während wiederum gemessen am Durchschnitt der früheren Jahre auch auf diesem Gebiet Ungarn den größten Sprung erbringen konnte.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Forschung die herausragende Rolle der Region Mitteleuropas unter den im Wandel befindlichen Verhältnissen der Weltpolitik und des Welthandels bekräftigt. Heute ist Mitteleuropa eine der Regionen in der Welt, die sich besonders dynamisch entwickeln und eine hohe Attraktivität aufweisen, während Ungarn und die Gemeinschaft der V4-Partner dank der stabilen politischen Verhältnisse, der infolge des Auftretens gegen die illegale Einwanderung auf dem Gebiet der Sicherheit erreichten Ergebnisse sowie der positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung als Vorreiter der Region gelten.

Die UNO greift Ungarn an

Der Hohe Kommissar der UNO für Menschenrechte, Seid al-Hussein, beschuldigte nach seiner skandalösen Rede von Ende Februar am vergangenen Dienstag den Ministerpräsidenten Ungarns erneut des Fremdenhasses und Rassismus. Zwischen der UNO und den gegen die Einwanderung auftretenden Ländern tut sich ein zunehmend tieferer Widerspruch auf, seit die Weltorganisation den Entwurf eines globalen Migrationsabkommens veröffentlichte, dessen Durchsetzung entscheidend durch den Hohen Kommissar für Menschenrechte forciert wird, der mit George Soros in Verbindung gebracht werden kann.

Die UNO brachte am 5. Februar ihren Entwurf eines globalen Migrationsabkommens an die Öffentlichkeit, der gleich in mehreren Punkten die bisherigen Anstrengungen Ungarns verletzt, die

Migration zu stoppen. So sieht der Entwurf vor, die Grenzen der Nationalstaaten aufzuheben und die Strafen für illegale Grenzgänger zu mindern, um den Migranten freies Geleit zu gewähren.

Innerhalb der UNO war die Migration bereits am Anfang des neuen Jahrtausends ein wichtiges Thema; der damalige UNO-Generalsekretär Kofi Annan sprach 2004 davon, Europa brauche eine umfassende Einwanderung, um den Bevölkerungsschwund und den Arbeitskräftemangel auszugleichen. Darum müssten die Möglichkeiten einer gesetzlichen Migration ausgeweitet werden. Im Jahre 2006 beschrieb der nachfolgende UNO-Generalsekretär Ban Ki Mun das Strömen der Migranten in die moderne Welt als einen vorteilhaften Umstand, um die Ungleichheiten unserer Zeit zu mildern.

Der Unterschied zwischen dem damaligen und dem heutigen Standpunkt der UNO besteht lediglich darin, dass damals die Schattenseiten und Gefahren von Migration und massenhafter Einwanderung noch als relevanter Aspekt behandelt wurden, während diese Gesichtspunkte neuerdings vollkommen außer Acht gelassen werden. Verdächtig muss zugleich erscheinen, dass die Migration aktuell als ein guter und unaufhaltbarer Prozess definiert wird, weshalb erst gar nicht Standpunkte zu Gehör gebracht werden, die danach streben würden, die Migration zu stoppen und die Erscheinung an ihren Wurzeln zu behandeln. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der UNO geht dabei so weit, dass er das Recht auf Migration in den Rang eines grundlegenden Menschenrechtes heben will, was jene Nationalstaaten, die eine massenhafte Einwanderung zurückweisen und gegen diese zurecht vorzugehen versuchen, zahlreicher Möglichkeiten berauben würde.

Ungarn hat sich konsequent gegen den Standpunkt der UNO in Sachen Migration aufgelehnt, und sah sich deshalb Attacken ausgesetzt, wie dem Vorwurf des Fremdenhasses und Rassismus. Denn unser Land wünscht keine Migration, steht auf dem Standpunkt, die Völkerwanderung sei grundlegend ein schlechter und gefährlicher Prozess, und zwar gleichermaßen für die Migranten wie für die durch den Wanderungsprozess berührten Länder als auch die aufnehmenden Länder, während dieser Prozess durchaus gestoppt werden könne. Nach dem ungarischen Standpunkt hat jedes Land das Recht zu entscheiden, wie es mit der Migration umgeht und mit wem man zusammenleben möchte. Deshalb weist Ungarn zurück, das Recht zur Migration als grundlegendes Menschenrecht zu behandeln, und sieht es als Priorität an, dass jedes Land das Recht zum Schutz seiner Grenzen besitzt, um die illegale Einwanderung zu stoppen. Unser Land wird voraussichtlich auch bei der Verhandlung der Vorlage an seinem Standpunkt festhalten und eine Position beziehen,

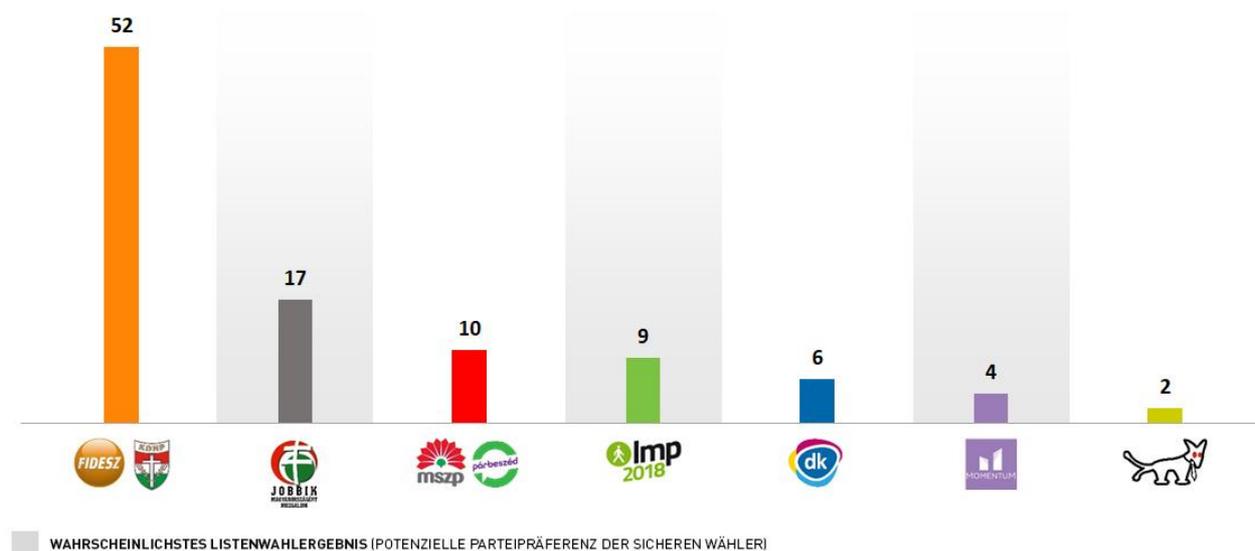
die an Stelle einer grenzenlosen Migration auf Sicherheit und Ordnung, an Stelle von Parallelgesellschaften auf die Bewahrung der Traditionen von Ländern und ihrer gesellschaftlichen Einrichtung setzt.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Die Sympathiewerte des Fidesz haben sich auch nach Hódmezővásárhely nicht verändert

32 Tage vor den Parlamentswahlen haben sich die Sympathiewerte für Fidesz-KDNP nicht verändert, denn unter den sicheren Wählern würden auch weiterhin 52% für die Regierungsparteien stimmen, geht aus einer aktuellen Umfrage des Nézőpont-Instituts hervor. Ausgehend von der telefonischen Befragung von 1.000 Personen im Anschluss an die Nachwahl von Hódmezővásárhely rechnen im Übrigen zwei Drittel (66%) der erwachsenen Gesamtbevölkerung damit, dass Viktor Orbán Ministerpräsident bleibt.

FRAGE: FÜR WELCHE PARTEI WÜRDEN SIE STIMMEN, WENN AM KOMMENDEN SONNTAG WAHLEN WÄREN?



Das Nézőpont-Institut nahm im Anschluss an die Nachwahl von Hódmezővásárhely mit einmaligem Charakter eine Erforschung der Parteipräferenzen mittels telefonischer Befragung von 1.000

Personen vor, im Gegensatz zu den monatlich publizierten Trendforschungen, die auf der persönlichen Befragung von jeweils 2.000 Personen beruhen.

Ausgehend von dieser Erhebung würden beim Blick auf das wahrscheinlichste Listenwahlergebnis (also der potenziellen Parteipräferenz der sicheren Wähler) 52% für Fidesz-KDNP stimmen. Damit haben die Sympathiewerte der Regierungsparteien auch im Nachfeld der Wahl des Bürgermeisters von Hódmezővásárhely und nur 32 Tage vor den Parlamentswahlen keine Veränderung erfahren.

Für die Jobbik würden unter den entschlossenen Wählern 17% stimmen, was hinter dem 2014 erzielten Listenergebnis dieser Partei (von 20,7%) zurückfällt. Für die Parteienliste MSZP-Párbeszéd würden aktuell 10%, für die LMP 9%, für die DK 6% stimmen. Der Stimmenanteil der Momentum-Bewegung im Kreis der sicheren Wähler würde 4% erreichen, jener der Satirepartei des zweischwänzigen Hundes 2%.

FRAGE: WAS GLAUBEN SIE, WER NACH DEN WAHLEN 2018 MINISTERPRÄSIDENT WIRD?



Die Erhebung wollte weiterhin in Erfahrung bringen, wer nach Ansicht der Wähler nach der Wahl vom 8. April Ministerpräsident wird. In dieser Hinsicht glauben zwei Drittel der erwachsenen Gesamtbevölkerung (66%), dass Viktor Orbán auch nach den Wahlen Ministerpräsident bleibt.

Auf dieser Basis rechnen lediglich jeweils 5% der Befragten damit, dass Gergely Karácsony oder Gábor Vona der nächste Ministerpräsident wird. Dass Bernadett Szél die nächste Regierungschefin wird,

erwarten gerade einmal 2% der erwachsenen Gesamtbevölkerung, auf Ferenc Gyurcsány, Gábor Fodor und András Fekete-Győr tippen jeweils nur 1%.

Methodik

Das Nézőpont-Institut nahm im Anschluss an die Nachwahl von Hódmezővásárhely mit einmaligem Charakter eine Erforschung der Parteipräferenzen mittels telefonischer Befragung von 1.000 Personen vor, im Gegensatz zu den monatlich publizierten Trendforschungen, die auf der persönlichen Befragung von jeweils 2.000 Personen beruhen. Die telefonische Meinungsumfrage erfolgte im Zeitraum 1.-5. März 2018 unter Befragung von 1.000 Personen. Die Umfrage erwies sich in Bezug auf die Bevölkerung über 18 Jahren nach Geschlecht, Alter, Region, Siedlungstyp und Schulabschluss als repräsentativ. Im Falle einer repräsentativen Auswahl von 1.000 Personen ergibt sich eine maximale Fehlertoleranz von 3,2 Prozent.

PROGNOSE

- **Am 14. März wird die neue Koalitionsregierung Deutschlands gebildet.** Voraussichtlich nach dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung wird innerhalb der Europäischen Union die Diskussion über die Zukunft der Quotenregelung an Intensität zunehmen.
- **Am 15. März findet aus Anlass des Nationalfeiertages eine staatliche Feier auf dem Kossuth tér statt.** Die Oppositionsparteien konnten sich nicht auf eine gemeinsame Demonstration verständigen und werden deshalb gesondert feiern.
- **Auf der Tagesordnung des Treffens der EU-Außenminister am 19. März steht die Diskussion des Standpunktes der Gemeinschaft in Verbindung mit dem globalen Migrationspaket der UNO.**